

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwinglerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwinglerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 137.

Dresden, Freitag den 18. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die Finanzreform der Volksausraubung.

Als Wortführer der Konservativen in der Steuerreform trat am Donnerstag der Graf Westarp auf. Kaum sechs Monate im Parlament, sucht dieser Herr durch eine affektierte Furcht die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und sich für größere Aufgaben in empfehlende Erinnerung zu legen. Weis er doch recht gut, daß einem richtigen preussischen Junker auch eine zeitweilige Opposition gegen die Regierung nichts schadet, wenn er dabei nur erkennen läßt, daß er mit gleicher Schärfe auch in einer anderen Richtung gehen würde. Wir werden vermuthlich in Deutschland noch Veranlassung haben, uns mit dem Kuffing dieses Mannes näher zu beschäftigen, der in Schöneberg bei Berlin Polizeipräsident war, bevor er, um zu höheren Ehren rasch zu gelangen, einen konservativen Wahlkreis „eroberte“ und das Parlament mit seiner angenehmen Gegenwart beglückte. — Das Parlament, das für ihn nur die Bedeutung eines Sprungbrettes hat.

Wie schon früher in der Steuerkommission, so ließ der Graf Westarp es auch am Donnerstag im Plenum nicht an Schärfe gegen die Regierung im allgemeinen und Bülow im besonderen fehlen. Er sieht ganz auf dem Standpunkt des ungeliebten Junkerlönigs von der Heide, und der Völk: verschwinden muß der Minister, der in der preussischen Thronrede auch nur mit einem Worte die Reformbedürftigkeit des preussischen Erbschaftsteuern in erster Linie; aber nicht allein darum. Sondern sondern auch aus dem Grunde, weil eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Abkömmlinge die schamlose Steuerumgehung des Großgrundbesitzes unmöglich machen wird, oder, wie er es ausdrückt: „den deutschen Familien zerstören wird“. In Ansehung beider Umstände sind die Konservativen unerbittlich. Bülow soll und muß fallen. „Es fällt uns nicht leicht“, aber „es muß sein“ — ergänzte treffend eine Stimme von links Westarps heuchlerische Redensarten bei seiner Auseinandersetzung mit dem Kaiser.

„Es muß sein“ — sagt auch Herr Peter Spahn, des Zentrums fuchschäner Führer, der genau in dieselbe Kerbe hieb und dem Kaiser mit Begehren zu Gemüte führte, daß jetzt die Stunde der Abrechnung für den 13. Dezember 1906 gekommen ist. Herr Spahn ist natürlich immer sachlich, sachlich, sachlich; sachlich und im Wiedererleuten lehnte er auch nur den letzten Gedanken an die Möglichkeit ab, das Zentrum könne Radepolitik treiben. Wie einer auch nur so etwas annehmen konnte! Freilich, so ganz leicht war der Beweis für die fähige Behauptung doch nicht zu liefern, weil noch vor nicht allzulanger Zeit einige Mitglieder des Zentrums — und nicht die ersten besten! — mit Eifer für eine Erbschaftsteuer eingetreten waren. Vielleicht hat Herr Spahn bei seiner Vorbereitung wieder einmal gefeuert: „Man sollte sich doch niemals festlegen.“ Indessen: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Gründe sind billig wie Brombeeren und Worte sind dazu so, Gedanken zu verbergen. Ein mächtig wird das Zentrum, das betonte Spahn mit Nachdruck, für den schlaunigen Uebertritt Bülow's ins Schattenreich der Pensionisten sorgen. Daher auch bei ihm ein harres „Nein“ gegen die Erbschaftsteuer.

Unser Fraktionsredner's Aufgabe war eine Abrechnung mit den Hinterlistigen von Zentrum und Junkertum, aber auch eine Kennzeichnung der Liberalen aller Schattierungen und Watterungen. Das besorgte der Abgeordnete Singer gründlich. Legte er auf der einen Seite die geheimen Gründe der Reaktionäre für ihre Haltung schonungslos bloß, so gestellte er auf der anderen die traurige Windbeutellei Wassermanns, der von „sozialen und gerechten Steuern“ redet, wenn 400 Millionen den Armen, 100 Millionen den Reichen auferlegt werden sollen. Ohne unsre definitive Stellung zu der Erbschaftsteuer vorzeitig festzulegen, versetzte Singer doch den nahen Traum jeder, die da glauben, die Sozialdemokratie sei bedingungslos für jene Steuer zu haben, sofern sie nur mit der Etikette „direkt“ versehen ist. Die unsinnige Verkehrsbelastung der Erbschaftsteuer, die gemeingefährliche Besteuerung der Feuerversicherung lehnte er indessen, gleich den unmöglichen Vorhingen der Kampfkommision, von vornherein ab. In solchen Sachen bietet die Sozialdemokratie ihre Hand nicht, läßt auch gar keinen Zweifel darüber auskommen, daß sie mit jedem Mittel dagegen zu wirken bereit und entschlossen ist. Singer erklärte diese ganze Finanzreform als eine Politik der Niedertretung und Volksausraubung. Wenn der freisinnige Vizepräsident ihn darob zur Ordnung rief, so wird die deutsche Arbeiterschaft um so mehr der scharfen Kennzeichnung des volksfeindlichen Beginns der Reaktion und der bürgerlichen Parteien zustimmen.

Wo steht nun eigentlich eine Mehrheit? Das ist nicht ganz sicher zu bestimmen, weil noch die Erklärungen der vielfach gespaltenen kleinen Parteigebilde fehlen, die in der einen oder anderen Kombination vielleicht den Ausschlag geben können. Sie werden am Freitag zu Worte kommen. Dann erst wird sich auch erweisen lassen, ob eine Ueberwindung der Erbschaftsteuer an eine Kommission beliebt wird. Man hat davon zwar schon geredet, aber einen Antrag hat bisher keine Partei gestellt.

Die Brotteuerungsinterpellation.

Der linksliberale Handelsvertragsverein versendet folgende Weisung zu der sozialdemokratischen Kostpreisinterpellation, die im Reichstag eingebracht ist:

„Im Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen, angefaßt des durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Kostpreises weiter Volkstreue eine Gesetzesvorlage über die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel sowie des § 11 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrlicenzen vorzulegen?“

Die Anfrage hat, wie zu erwarten war, die Agrarier in hohem Maße erregt. Sie wollen selbstverständlich ihre Berechtigung nicht abgeben, und die Kreuzzeitung schreit den Sozialdemokraten die Unfug unter, die Verhandlungen über die Sozialfinanzreform in die Länge zu ziehen, da sie beschlossen haben, daß diejenigen Reber, die für die Begünstigung der Interpellation bestimmt wären, falls diese aus irgendwelchen Gründen nicht auf die Tagesordnung komme, bei der Beratung der Wahlenumschreibung sagen sollen, was über die Lebensmittelteuerung gesagt werden muß.

Es scheint, daß die Konservativen sich doch über die Bedeutung des Vorstoßes der sozialdemokratischen Fraktion einigen Fertümlern hingehen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die weit über die Kreise einer einzelnen Partei hinaus das deutsche Volk aufs allerhöchste berührt, und es wäre einfach unverträglich, wenn der Reichstag, den Wünschen der Rechten nachgebend, nicht die Möglichkeit fände, die Angelegenheit noch in dem gegenwärtigen Arbeitsschritt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Getreidepreise haben eine unerhörte Höhe erreicht, und auch die Fleischpreise sind in der letzten Zeit wieder ständig gestiegen. Das Angehen der Getreidepreise, speziell des Weizens, ist allerdings zum Teil auf gewisse Spekulationsmanöver in Amerika zurückzuführen, aber die Dinge liegen doch so, daß zu dem hohen Weltmarktpreise noch unsere Zölle hinzukommen.

Angefaßt dieser Tatsache würde es sehr wünschenswert gewesen sein, wenn außer der sozialdemokratischen Fraktion auch andere antagrarische Gruppen im Parlament die Frage aufgeworfen hätten, ob die Regierung denn nichts tun könne, um die Interessen der konsumierenden Bevölkerung wahrzunehmen. Zum mindesten aber darf man wohl von den bürgerlichen Parteien der Linken erwarten, daß sie jetzt alles tun, um der sozialdemokratischen Interpellation zu einer Besprechung zu verhelfen, und sie dann sachlich gegenüber den unangemessenen Ansprüchen des Agrarierturns mit allem Nachdruck zu unterstützen. Gerade in den Tagen der Begeisterung über die Tendenz des Sanfatabandes sollte das doch eigentlich selbstverständlich sein, auch wenn, wie uns wohl bekannt ist, aus bestimmten Gründen über die Zweckmäßigkeit einer Besichtigung der Getreideeinlieferungsbedingungen im liberalen Lager auseinander gehen. Doch wenigstens unsere Hoffnungen unter den obwaltenden Verhältnissen mit vernünftigen Argumenten schlechterdings nicht zu verteidigen sind, dürfen doch wohl auch die am meisten rechts stehenden Elemente, die sich zum Kampf gegen die agrarische Wirtschaftspolitik bereit erklärt haben, nicht in Errede stellen.

Diese Ausführungen des Handelsvertragsvereins sind im gegenwärtigen Augenblick auch um deswillen von Wichtigkeit, weil die Konservativen anheimelnd darauf auszugehen, die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation gänzlich zu unterdrücken. Graf Stolberg, der Präsident des Reichstages, hat erklärt, die Interpellation solle auf die Tagesordnung gesetzt werden, sobald die Geldschkizze es erlaubt. Die Kreuzzeitung begleitet diese Erklärung des Präsidenten, der ihrer Partei zugehört, mit diesem Kommentar:

Die Sozialdemokraten können sich also ausrechnen, daß dieser Moment wohl nicht viel vor Weihnacht eintrifft.

Die sozialdemokratische Fraktion wird dem frechen Verschleppungsversuch der Agrarier zu begegnen wissen. Trotz aller schamhaften Machenschaften, die hinter den Kulissen getrieben worden, wird und muß die Interpellation bald auf die Tagesordnung gestellt werden, und die Regierung wird sich dazu bequemen müssen, sie zu beantworten.

Da aber in dem Präsidium des Reichstages zwei Liberale sitzen und die Möglichkeit für den Liberalismus, auf die Regierung einzuwirken, angefaßt der schwärzigen Lage der Finanzreform größer ist als je zuvor, wird es wesentlich von den Liberalen abhängen, wie sich das Schicksal der volksfeindlichen Interpellation gestaltet. Allerdings sind in die Liberalen in der Frage des Schutzzolls gespalten, die Nationalliberalen sind seine Anhänger, die Freisinnigen sind seine Gegner. Aber, wohlgemerkt, um eine grundsätzliche Frage: Freihandel oder Schutz Zoll? handelt es sich diesmal gar nicht, denn die Sache liegt heute so, daß auch der entschiedenste Schutztheoretiker der sozialdemokratischen Forderung nach vorübergehenden Erleichterungen unbedingt zustimmen muß. Wiberiegen können sich ihr nur direkte Interessen, jene gemeinlichlichen Individuen, die aus der Not des Volkes ein Geschäft machen wollen und denen darum das Getreide nicht teuer genug sein kann.

„Fortschritt“ der amerikanischen Zolltarif-Revision.

Aus New York wird uns geschrieben:

Seit unserem letzten Bericht sind im Senat Bauholz, Tabak, Zucker und Baumwollwaren an die Reihe der Beratungen gekommen, und wenn auch noch nicht für jede dieser Rollgruppen über die festzusetzende Rate endgültig beschlossen ist, so ist doch sicher, daß die Hochzölle des Finanzkomitees durchweg bestehen bleiben werden. Für Deutschland sind am wichtigsten die Zucker- und Baumwollzölle.

Ueber Zucker ist im Senat wohl am meisten geredet worden mit dem Ergebnis, daß alles beim alten bleibt. Es wurden wilde Reben gegen den Zuckertruf vom Stapel ge-

lassen, der allein den Nutzen von den Zuckerzöllen habe, aber abgestimmt wurde immer, wie es dem Truf gefaßt. Amerika besteuert Zucker im Gegensatz zu Deutschland nicht nach seinem Zuckergehalt, sondern nach seiner — Farbe. Der Senat entschied sich mit starker Mehrheit für Verbehaftung dieses sogenannten „Dutch Standard“, dessen Wegfall zur Folge hätte, daß größere Mengen ebenso reinen Importzuckers, wenn auch von etwas braunerer Couleur, auf dem amerikanischen Markt erscheinen würden, um dem Truf, der dem amerikanischen Volk den Zuckerpreis gerade verdoppelt, heilsame Konkurrenz zu machen. Daß der Zuckertruf den Zollfiskus jahrelang um viele Millionen begaunerte, hat dem Truf im hochwürdigen Senat nicht eine einzige Stimme gekostet, vielleicht deshalb nicht, weil man die gaunerischen Traditionen der Zucker männer in schonende Rücksicht gezogen hat.

Die Verhinderung der angeblichen Untertreibungen gaf der herrschenden Hochzöllnerclique den anständigen Vorwand ab, die bisherigen spezifischen Zölle in der Baumwolle (Cotton) durch Wertzölle zu ersetzen, und hierbei zeigte sich ganz evident, daß die Clique ihre Mannen fest in der Hand hat. Nach einigen bezeichnenden Abstimmungsresultaten resignierte die Opposition, und die Baumwollzölle Abdrück wurden ein bloß angenommen, wiederum mit Hilfe der Demokraten, in deren Presse man jeden Tag lesen kann, daß die Schutzzölle eine Prostituirung der gesetzgebenden Gewalt zugunsten bevorzugter Klassen ist. Hinter den Verhängen, die für die spezifischen Zölle eingesetzt sind, verbergen sich ansehnend enorme Kollerhöhdungen auf abneides schwer belastete Artikel. Nach den Angaben eines Sachverständigen, die im Senat mitgeteilt wurden, belaufen sich die Erhöhungen in 70 Positionen auf 25 bis 40 Prozent. Ermäßigungen wurden nur bei 23 unwichtigeren Artikeln vorgenommen. Genaue ziffermäßige Vergleiche zwischen den bisherigen spezifischen Zöllen und den beschlossenen Wertzöllen lassen sich bei den wechselnden Werten der Waren natürlich nicht ziehen, aber speziell für die Zölle auf Strumpfhwaren scheint festzustellen, daß sie ziemlich vollständig prohibitiv wirken werden. Die Textilfabrikanten der Neu-England-Staaten wünschen den amerikanischen Markt zu monopolisieren, und diese „edtesten“ Hanfesse stellen die meisten und einflussreichsten Senatoren des Finanzkomitees, und sie werden auch die Wortführer des Senats im „Konferenz-Komitee“ sein, in dem die Wardenführer beider Häuser des Kongresses schließlich endgültig über die Verteilung der Werte zu beschließen haben.

Zu den Zöllen, die prohibitorisch hinausrevidiert sind, gehören noch die auf Lithographien und Chemikalien, in denen, ebenso wie in Textilwaren, ein großer, wahrscheinlich der größere Teil der deutschen Ausfuhr abgemittelt werden dürfte. Deutschland kann dabei nur mit Nothen Mühler fragen: „Was soll id dorthi dhau?“ Darüber ist nicht zu streiten, daß das ganze amerikanische Verfahren, wie gegenüber dem konsumierenden Volke des eigenen Landes, so auch gegenüber den anderen handelsreibenden Ländern, eine fabelhafte Impertinenz ist. Das Hanfesse-Kapital, das im Hanfesse-Ambitol zu Washington regiert, verhandelt nicht lange, wahrscheinlich erst Handelsverträge ab, wie es die alte Mode der alten Welt ist, Amerika nimmt vielmehr alle Vergünstigungen bestehender individueller Verträge für sich in Anspruch und legt durch einseitiges Wachsblat sei, was die anderen Staaten als genügende Gegenleistung anzusehen haben. ... Sonst — 25 Prozent Strafzoll! Zu unteruchen, wie Amerika sich so — stark machen kann, wäre eine Sache für sich. Daß aber Europa in seiner zollpolitischen Herkistung zu schwach und Deutschland insbesondere viel zu schwach ist, Amerika Manieren beizubringen, ist offenbar.

Wenn die preussischen Junker einem freischen, freischen Bollkriege das Wort reden, so offenbar nur deshalb, weil diese Klasse ja keine Ausfuhr nach Amerika braucht und die vollständige Abschreibung unseres industriellen Exports nach den Vereinigten Staaten willkommen heißt, weil sie hierin einen weiteren Schritt zur absoluten handelspolitischen Isolierung Deutschlands erblickt, die den Agrariern die Herrschaft über den Inlandsmarkt geben soll. Sonst müßten selbst die Junker einsehen, daß bei einem Bollkriege der größere Nachteil notwendig auf deutscher Seite liegen würde. Deutschland notwendig auf deutscher Seite liegen würde. Deutschland notwendig auf deutscher Seite liegen würde.

Für die künftige Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten fragt es sich nur, ob diese uns die Vergünstigung ihres „Minimal“-Tarifs zugestehen werden, solange sie sich die deutschen Einfuhrschranken und Einfuhrbeschränkungen gefallen lassen müssen. Wenn man in Deutschland hofft, daß Amerika hiergegen nichts tun würde, so könnte sich diese Hoffnung leicht als trügerisch erweisen. Der Zucker-Zolltagessatz der Mc Kinley, Wilson- und Dingley-Tarife beweist, daß Amerika sich nicht vorkommen läßt, was es als „interne deutsche Angelegenheit“ zu respektieren hat!